

09.11.

Rassismus in Deutschland? Rassismus in Münster?

Die Idee und die Notwendigkeit für diese antirassistische Veranstaltungsreihe wurde in der Nachbereitung der Anti-Lager-Action-Tour 2004, einer bundesweiten Kampagne gegen Abschiebung und Ausgrenzung sowie für Bewegungsfreiheit von MigrantInnen ([www.nolager.de](http://www.nolager.de)), erneut offensichtlich. Die Veranstaltungen sollen hierbei auf die menschenunwürdigen Lebensrealitäten aufmerksam machen, mit denen MigrantInnen sich aufgrund der deutschen "Asylpolitik" und des globalen Migrationsregimes konfrontiert sehen. Flüchtlinge werden von ihrem selbstorganisierten Widerstand gegen staatliche Sanktionsmaßnahmen, wie z.B. Residenzpflicht, Gutscheine und Lagersystem, berichten. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der besonderen Situation von migrierten Frauen liegen. Darüber hinaus beleuchten verschiedene ReferentInnen die sich im Zuge des neuen "Zuwanderungsgesetzes" und der Arbeit der International Organisation for Migration (IOM) verschärfende Realität von MigrantInnen. Das Projekt "antirassistische Wochen" hat das Ziel, einen Raum zu schaffen, in dem sich Menschen austauschen können und der zu vielseitigen Diskussionen anregt. Hierzu sind alle Menschen herzlich eingeladen. Denn eins ist leider immer noch klar:

Rassismus ist kein Zustand, der irgendwo auf der Welt existiert, sondern Rassismus ist für viele Menschen lebensbedrohender Alltag, der direkt vor unser aller Haustür beginnt und auch oft dahinter... Rassismus in Deutschland? Rassismus in Münster?

Die Idee und die Notwendigkeit für diese antirassistische Veranstaltungsreihe wurde in der Nachbereitung der Anti-Lager-Action-Tour 2004, einer bundesweiten Kampagne gegen Abschiebung und Ausgrenzung sowie für Bewegungsfreiheit von MigrantInnen ([www.nolager.de](http://www.nolager.de)), erneut offensichtlich. Die Veranstaltungen sollen hierbei auf die menschenunwürdigen Lebensrealitäten aufmerksam machen, mit denen MigrantInnen sich aufgrund der deutschen "Asylpolitik" und des globalen Migrationsregimes konfrontiert sehen. Flüchtlinge werden von ihrem selbstorganisierten Widerstand gegen staatliche Sanktionsmaßnahmen, wie z.B. Residenzpflicht, Gutscheine und Lagersystem, berichten. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der besonderen Situation von migrierten Frauen liegen. Darüber hinaus beleuchten verschiedene ReferentInnen die sich im Zuge des neuen "Zuwanderungsgesetzes" und der Arbeit der International Organisation for Migration (IOM) verschärfende Realität von MigrantInnen. Das Projekt "antirassistische Wochen" hat das Ziel, einen Raum zu schaffen, in dem sich Menschen austauschen können und der zu vielseitigen Diskussionen anregt. Hierzu sind alle Menschen herzlich eingeladen. Denn eins ist leider immer noch klar:

Rassismus ist kein Zustand, der irgendwo auf der Welt existiert, sondern Rassismus ist für viele Menschen lebensbedrohender Alltag, der direkt vor unser aller Haustür beginnt und auch oft dahinter...

Einzeltermine siehe Kalenderspalte!

2.11.

Die Menschenwürde wird zu Grabe getragen.

Mittwoch, den 17. November um 17:00 Uhr Prinzipalmarkt vor dem Rathaus, Münster

Trauerumzug mit Trauergesellschaft, Grablichtern, SargträgerInnen, Trauergeiger, Requiem, Grabrede

Trauerkleidung erwünscht!

Kontakt der Trauergesellschaft: Bündnis: "Besser Leben!", c/o Umweltzentrum, , Scharnhorststraße 57, 48151 Münster, Mail: [buendnis\\_besser\\_leben@yahoo.de](mailto:buendnis_besser_leben@yahoo.de) \*\*\*\*\*

Wir tragen die Menschenwürde zu Grabe ... hier die Grabrede:

Wir haben uns hier zusammengefunden, da wir einer Eigenschaft gedenken wollen, um die es in unserer Gesellschaft eigentlich nie allzu gut bestellt gewesen ist. Das, was wir mit dem Begriff „Menschenwürde“ verbinden - und die Menschenwürde wird hier heute zu Grabe getragen - hat in der Warengesellschaft immer nur sehr eingeschränkt einen Platz gehabt. Doch dazu später. Wir haben uns heute versammelt, weil wir wissen, dass die Würde des Menschen einerseits sowie Agenda 2010 und Hartz IV andererseits unter gar keinen Umständen zusammengehen können!

Hartz IV und Arbeitslosengeld II, als Bestandteile der Agenda 2010, bedeuten konkret, dass mit der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfe-Niveau weitere hunderttausende Menschen in die Armut getrieben werden.

Schätzungsweise ein Viertel aller Arbeitslosenhilfeberechtigten soll durch Anrechnung von Partnereinkommen, wovon vor allem Frauen betroffen sind, und Erspartem keine Unterstützung mehr bekommen. Millionen Erwerbslose können in bisher ungekannter Weise gegängelt und bestraft werden. Besonders hart betroffen sind Menschen, die keinen deutschen Pass vorzuweisen haben. Migrantinnen und Migranten droht in Zukunft eine sog. „Ermessensausweisung“, wenn sie - wie vorgesehen - statt der bisherigen Arbeitslosenhilfe noch nicht einmal das neue Arbeitslosengeld II, sondern nur noch den um weitere 30 % reduzierten Satz des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten werden.

Von denjenigen Arbeitslosen, die über kein Vermögen verfügen, das es ihnen erlaubt, ohne den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu überleben, wird eine bedingungslose Unterwerfung verlangt. Alle, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, bekommen diese nach Hartz IV nur noch, wenn sie in sog. „Eingliederungsverträgen“ ihrer völligen Entrechtung zustimmen und dem Staat die vollständige Verfügungsgewalt über ihre Person abtreten. Hartz IV fordert Arbeit um jeden Preis – fast ohne Bezahlung. Arbeitslose sollen nach den neuen Zumutbarkeitsregeln nicht nur gezwungen werden, Jobs bis zu 30 % unter Tarif anzunehmen. Sie sollen zudem genötigt werden, sich in sog. „Arbeitsgelegenheiten“, die vor allem die Wohlfahrtsverbände bereitstellen werden, für 1 oder 2 zusätzliche Euro in der Stunde zu verdingen. Wer eine solche Arbeitsgelegenheit ablehnt, wird umgehend mit einer Kürzung des Arbeitslosengeldes II um 30 % bestraft. Jugendlichen unter 25 Jahren wird ihre Unterstützung im Weigerungsfall sogar bis auf die Miete komplett gestrichen. Dadurch entsteht neuer Druck auf die Löhne, der vor allem im unteren Tarifbereich zu Lohnsenkungen führen wird. Arbeitszeitverlängerungen und die weitere Privatisierung sozialer Sicherung werden zusätzliche Konsequenzen sein.

Viele Menschen fragen sich, warum diese massiven Angriffe auf bisherige soziale Standards erfolgen ...

Sicherlich – es ist immer ein Charakteristikum arbeitgesellschaftlicher Wirklichkeit gewesen, dass in ihrem Zentrum die pure Verausgabung von Arbeitskraft zu stehen hat. Und dass diese Arbeitskraft ohne Rücksicht auf ihren Inhalt, ganz unabhängig von den Bedürfnissen und vom Willen der Beteiligten zu einem abstrakten Prinzip erhoben wird. Zu einem Prinzip, das die sozialen Beziehungen beherrscht. Im Betriebssystem einer solchen kapitalistischen Selbstzweckmaschinerie ist so etwas wie menschliche Würde zunächst einmal überhaupt nicht vorgesehen. Die warengesellschaftliche Erzeugung von Gütern zieht ihre Daseinsberechtigung schließlich nicht daraus, dass sie etwa die Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bereitstellen wollte. Nein, produziert wird vielmehr allein um der Profites willen. Für die Warenproduktion zählen nur kaufkräftige menschliche Bedürfnisse. Bedürfnisse, denen es dagegen an Zahlungsfähigkeit mangelt oder die sich letztlich nicht in Warenkonsum übersetzen lassen, bleiben in einer kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich unerfüllbar.

Jedoch muss zugestanden werden, dass es für einen kurzen historischen Moment manchem so erscheinen mochte, als ließen sich die systemischen Widersprüche der Marktwirtschaft dauerhaft ruhigstellen. Ja, etwas länger als zwei Nachkriegsjahrzehnte lang hatte es zumindestens in den Zentren des Weltmarkts den Anschein, als könne es eine Arbeitsgesellschaft geben, in der auch die Menschenwürde irgendwie mit im Boot sitzt. Als sei es möglich, einen „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ zu gestalten - samt sog. „Vollbeschäftigung“ mit „Massenwohlstand“, samt Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung und sozialstaatlicher Absicherung.

Solcherlei nostalgische Sehnsüchte sind indessen angesichts der inzwischen eingetretenen politischen und ökonomischen Realitäten dazu verdammt, auf ewig unerfüllbare und rückwärtsgewandte Wunschträume zu bleiben. Vor dem Hintergrund der massiven Fortschritte in der Computertechnologie wird seit ca. Mitte der 1970er Jahre immer mehr Arbeitskraft in den produktiven Kernsektoren der Kapitalverwertung überflüssig gemacht. Vorstellungen von einer „Rückkehr zur Vollschaftigung“ verfügen im globalen Rationalisierungs-Kapitalismus über keinerlei ökonomische Basis. Der erfolgreiche Verkauf der Ware Arbeitskraft - in Zeiten von „Vollbeschäftigung und Massenwohlstand“ eine triviale Selbstverständlichkeit - droht von der Regel zur Ausnahme zu werden. Immer größere Teile der Bevölkerung werden an den Rand gedrängt. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit führt dazu, dass immer mehr Menschen mit nur geringer Kaufkraft von der systemkonformen Befriedigung ihrer Bedürfnisse abgeschnitten werden.

Es bildet sich eine historisch neue Form des autoritären Staates heraus. Der Abbau des Sozialstaats wird mit einem äußerst zügigen Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaats verbunden. Unter der Parole des sog. „Umbaus des Sozialstaats“ unterzieht der Staat seine Ex-Arbeitsbürger, die „Herausgefallenen“ und „Überzähligen“ der krisengeschüttelten Arbeitsgesellschaft, einer Rosskur von repressiven Maßnahmen. Bisheriger Höhepunkt dieser wohlfahrtsstaatlichen Bankrotterklärung ist der soziale Angriff im Rahmen der „Agenda 2010“. Millionen Menschen geraten in prekäre Verhältnisse und werden die Folgen von Agenda 2010 und Hartz IV zu spüren bekommen!

Nun, es sind schlechte Zeiten für die Menschenwürde. Deshalb tragen wir sie hier und heute ja auch zu Grabe. Aber gerade weil das so ist, sollte es uns eine selbstverständliche, wenn auch nicht ohne weiteres zu erfüllende Verpflichtung sein, in ihrem Sinne weiterzuwirken und dabei mitzuhelfen, dass die Menschenwürde nicht in Vergessenheit gerät. Opfern wir unser Leben nicht der Marktwirtschaft! Wir wissen, dass eine andere Welt jenseits von Ware, Geld und Arbeitszwang – kurz: jenseits von Markt und Staat - möglich ist. Wir wissen, dass ein gutes Leben für alle Menschen nicht auf ewig ein Menschheitstraum bleiben muss. Lassen wir die Menschenwürde in uns weiterleben! Handeln wir jetzt, um nicht schon bald von der „Bundesagentur für Arbeit“ und anderen staatlichen Repressionsinstanzen behandelt zu werden! \*\*\*\*\*

Gegen die Armut, gegen die Hetze, gegen die Hartz-Gesetze!

Gegen den Sozialabbau in jedem Land - unsere Agenda heißt Widerstand!

Kapitalismus abschaffen - mit Hartz IV anfangen!

Alles für alle und zwar umsonst!

01.11.

VVN: Offener Brief an OB

Liebe FreundInnen,

am 14. November 2004 soll anlässlich des Volkstrauertages - wie in jedem Jahr - eine Kranzniederlegung am "Denkmal des Infanterie-Regiments Herwardt von Bittenfeld" an der Promenade stattfinden. Diese u.a. vom "Ring Deutscher Soldatenverbände"/"Verband deutscher Soldaten" organisierte Veranstaltung begleiten wir Antifaschistinnen und Antifaschisten seit vielen Jahren kritisch.

Aus aktuellem Anlass fordern wir, die VVN-BdA Münster, vom Oberbürgermeister der Stadt Münster:

- die Absage einer Teilnahme von VertreterInnen der Stadt Münster an der Kranzniederlegung auf Grund der rechtsextremen Ausrichtung des "Ring Deutscher Soldatenverbände"/"Verband deutscher Soldaten" und wegen einer mögliche Beteiligung des NPD-Funktionärs und Mitglieds der Burschenschaft Franconia, Oliver Westerwinter, an der Veranstaltung.

Darüber hinaus fordern wir von der Stadt Münster:

- ein Gedenken an die Toten beider Weltkriege unter Berücksichtigung der Verantwortung Deutschlands für den Krieg und der Beteiligung der deutschen Wehrmacht an den Verbrechen des Faschismus

- eine grundsätzliche Neugestaltung des Gedenkens am Volkstrauertag im Sinne des antifaschistischen Konsens des Grundgesetzes

Der Wortlaut des Offenen Briefes auf unserer Homepage: <http://www.muenster.org/vvn-bda>

P.S.: Wir weisen nochmals auf unsere alternative Gedenkveranstaltung "Deutsche Täter sind keine Opfer" am 14. November 2004 um 9 Uhr am Zwinger an der Promenade hin.

VVN/BdA Münster/ [vvn-bda@muenster.org](mailto:vvn-bda@muenster.org) / <http://www.muenster.org/vvn-bda>

20.10.

Botschaft der Montagsdemo an OpelnerInnen

Münster, den 20. Oktober 2004

Liebe Opelnerinnen und Opelner,

wir, die Münsteraner „Montagsdemo-Initiative 'Hartz IV stoppen!'“, sprechen Euch unsere Solidarität aus. Gerade für unseren Kampf gegen Hartz IV und Agenda 2010 finden wir es ermutigend, zu sehen, dass Ihr nicht widerstandslos hinnehmt, wie die kapitalistische Verwertungskrise auf Euch abgewälzt werden soll. Es ist ja Eure soziale Existenz, um die es geht.

Die dramatischen Angriffe auf bisherige soziale Standards, die wir gegenwärtig erleben, zielen gleichermaßen auf eine Verschlechterung der Lebensbedingungen derjenigen Menschen, die noch Arbeit haben als auch auf diejenigen, die aus dem System der Arbeitsverwertung herauszufallen drohen bzw. schon arbeitslos geworden sind. Für uns liegt der Fehler in eben diesem System und nicht bei irgendwelchen Fehlentscheidungen Einzelner. Wenn wir für ein „gutes Leben für alle Menschen“ streiten wollen, können wir auf Dauer nicht bei unseren gegenwärtigen Abwehrkämpfen stehen bleiben. Darüber hinaus müssen wir uns die Frage stellen, wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der nicht die Menschen den Bedürfnissen der Wirtschaft unterworfen sind, sondern die Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen dient.

Wir wünschen Euch weiterhin viel Mut und Kampfstärke – bis Eure Aktivitäten Wirkung zeigen!

20.10.

Forum dicht

Das forum ist wegen seines hohen scheissegehalts und des unsäglichen umgangs gegeneinander (zufällig vor allem immer dann, wenns irgendwie mit dem thema "antifa" zu tun hat) geschlossen.

Wer ein neues, mit festen accounts versehenes forum in münster-alternativ einbinden will, und sich auch um die administration kümmert, kann sich bei ms-alternativ@web.de melden. pöbelmails an diese adresse werden sofort gelöscht.

Ich distanziere mich persönlich noch einmal ausdrücklich von zahlreichen inhalten, die in den letzten beiträgen gestanden haben. Einiges davon trägt menschenverachtende und herabwürdigende züge, die unter "linken", "antifaschistInnen", "kommunisten" etc. nichts zu suchen haben, aber für einen teil der sich hier in münster so nennenden als mittel zum vielleicht durchaus honorigen zweck gerne benutzt werden.

20.10.

Treffen für Kommuneinteressierte

Eine Kommune zwischen Münster und Osnabrück in Planung. Wir machen ein Treffen für Interessierte: von Sa 10.12. [sic!] bis So 12.12.04, bei Interesse bitte melden unter Tel 0541-3341950 oder bei kommunemsos@web.de, Infos unter [www.kommunemsos.de.vu](http://www.kommunemsos.de.vu). Anmeldeschluss 15.11.04 (10 Euro Unkostenbeitrag)

03.10.

Hausbesetzung in Osnabrück

Hier ein Link:

03.10.

"Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, Torte zu essen"

Redebeitrag von Peter auf der Montagsdemonstration am 27. September 2004 in Münster Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich bin heute morgen beim Arbeitsamt - pardon bei der "Agentur für Arbeit" - gewesen. Um die Anträge für das neue Armutsgeld, das "Arbeitslosengeld II", einzutreiben, verschickt die Bundesagentur persönliche Termine mit der Aufforderung, sich mit komplett ausgefülltem Antrag, mit Kontoauszügen, Mietvertrag usw. einzufinden. Eine solche Vorladung hatte auch ich erhalten.

Nun, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin dagegen, dass die Agenda 2010, dass Hartz IV und das neue Arbeitslosengeld II, mit dem weitere hunderttausende Menschen in die Armut getrieben werden sollen, umgesetzt werden. Und wenn sich eine Gelegenheit bietet, den Strategen des mit Abstand größten Verarmungsprogramms in der bundesdeutschen Geschichte in ihre übelriechende Suppe zu spucken, dann - so meine ich - sollte man eine jede noch so kleine Chance dazu nutzen.

Ich habe meinen Antrag heute morgen nicht abgegeben. Hätte ich das tun müssen?

Nein, das hätte ich nicht. Es gibt rechtlich keine Grundlage dafür, dass Arbeitslose ihre Anträge schon jetzt abliefern müssen. Genauere Informationen zu diesem jüngsten Übertöpelungsversuch der Bundesagentur haben wir ins Internet gestellt. Mit "wir" meine ich die Münsteraner Arbeitsloseninitiative "Wehrt Euch!", bei der auch ich als arbeitsloser Sozialarbeiter mit dabei bin. Hier die Adresse unserer Website:

[www.muenster.org/wehren/index.html](http://www.muenster.org/wehren/index.html)

Liebe Freundinnen und Freunde, mit der Bundesagentur steht es nicht zum Besten: Die Mitarbeiter sind unmotiviert und darüber hinaus für die Umsetzung von Hartz IV schlecht eingewiesen, die Computerprogramme funktionieren nicht. Ein, zwei, drei - viele kleine Tritte und der tönerner Riese kann ins Wanken geraten ... Wenn bundesweit möglichst viele Leistungsberechtigte ihre Formulare nicht jetzt, sondern erst später, etwa erst Anfang Dezember 2004 abgeben, dann besteht eine Chance, dass die Umsetzung von Hartz IV zum Januar kippt und

sich um Monate verzögert. Das wäre ein kleiner Sieg für uns mit unserer Losung "Hartz IV stoppen!" und eine erste Schlappe für die Elends-Bürokratie der Bundesagentur.

Also: Mitmachen, Antrag verzögern und weitersagen!

"Hartz IV stoppen!" - das ist die Parole, unter der wir in Münster seit Anfang August jeden Montag auf die Straße gehen. Und wir stehen mit unserem Protest nicht allein: In über 200 anderen Städten finden weitere Montagsdemos statt.

Hartz IV - das bedeutet zweifellos einen vorläufigen Höhepunkt an Zumutungen und Schikanen für Arbeitslose. Es ist keine Frage, dass es notwendig ist, diesen massiven Angriff auf die Lebensbedingungen von Millionen Menschen abzuwehren. Aber wir sollten auch nicht so tun, als ob damit alle Probleme gelöst wären. Arbeitslose, Billiglöhner und Sozialhilfeempfängerinnen können ein Lied davon singen, dass man auch jetzt schon jeden Cent zweimal umdrehen muss.

Und wer Gelegenheit hatte, ein wenig Erfahrung mit den Arbeitslosenwärterinnen und Arbeitslosenwärttern der Bundesagentur aufzutun, der weiß ganz genau, dass auch nach der dritten Weiterbildungsmaßnahme, nach dem vierten Bewerbungstraining und nach dem fünften Motivationsworkshop kein Weg aus der Arbeitslosigkeit herausführt.

Die Ökonomie funktioniert mit den Menschen nicht mehr. Sie werden zum Arbeiten kaum noch gebraucht. Dank hochentwickelter Maschinenparks besteht die Möglichkeit, fast jeden erdenklichen Reichtum nahezu ohne Arbeiter herzustellen. Aber anstatt das einzusehen und nach Wegen zu suchen, die ohne Arbeit ein gutes Leben für alle Menschen ermöglichen, werden wir Zeuge davon, wie Arbeitsagenturen und Sozialämter Treibjagden auf Arbeitslose veranstalten. Das ist der Terror der Ökonomie. Die Menschen werden zu nutzlosem Ballast erklärt. Die Marktwirtschaft schickt sich an, ihre Kinder zu fressen.

Perspektiven gibt es keine. Außer sozialen Verwerfungen, ökologischen Verheerungen und schmutzigen Kriegen hat der Kapitalismus nicht mehr viel zu bieten. Die Masse von Leuten, die nicht mehr für die Kapitalverwertung benötigt werden, steigt weltweit an und diese Menschen werden überall schikaniert.

Uns wird gesagt, die Menschen seien selbst verantwortlich. Selber schuld: Warum arbeiten wir nicht für zwei Euro die Stunde und das nicht 16 Stunden am Tag? Warum verzichten wir nicht auf Urlaub? Warum nehmen wir nicht jede Drecksarbeit an? Warum schreiben wir nicht 50 Bewerbungen pro Tag? Warum ziehen wir nicht freiwillig nach Hintertupfingen oder nach Oberschnurpsheim, nur weil dort vielleicht noch ein lumpiger Elendsjob auf uns wartet?

Doch da sagen wir: nein! Es liegt nicht an uns! Wir sind nicht schuld am Debakel einer Wirtschaftsweise, für die Menschen nur Material sind. Sondern diese Wirtschaftsweise ist selbst ein einziges Elend und schändlich bis zu ihrem letzten Atemzug. Wir lassen uns nichts vorschwafeln vom Für-sich-selbst-verantwortlich-sein. Wir wissen: Das soll DOCH nichts anderes heißen, als jeden Mistjob, jede Drecksmalocher anzunehmen und sich restlos anpassen zu müssen. Wir können dieses dumme Gerede von Selbst-Verantwortung nicht mehr hören! Wir leben in einer Welt, in der es vielen schlecht und immer schlechter und einigen wenigen immer noch leidlich gut geht. Unser Problem kann nicht sein, dass es einigen immer noch ein bisschen besser geht. Wir haben in den letzten Wochen hier oft gehört, dass es "denen da oben" zu gut gehen soll, dass sie - wenn sie wollten - beispielsweise immer nur Sahnetorte essen könnten. Wenn wir den Funktionseleiten, also "denen da oben" nun neidisch vorwerfen, dass sie Torte essen, dann schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Denn die Lösung ist nicht trocken Brot für alle. Stören wir uns deshalb auch nicht daran, dass sich etwa ein "Florida-Rolf" in der Sonne am Strand vergnügen konnte. Das wollen wir schließlich doch alle! Die Lösung ist, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben muss, Torte zu essen. Die Ressourcen für gute Lebensbedingungen müssen allen Menschen offen stehen. Streiten wir für ein gutes, reichhaltiges und übervolles Leben für alle Menschen!

Unter dieser Vorgabe lassen sich gleich einige Forderungen aufstellen, die über die Rücknahme von Agenda 2010 und Hartz IV hinausgehen. Z. B.

- dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene umsonst ins Schwimmbad gehen können,
- dass Museen und Theater keinen Eintritt kosten,
- dass das Studium an Universitäten allen offen stehen soll - nicht nur denen, die reiche Eltern haben,
- dass Busse und Bahnen kostenlos benutzt werden können.

Bei Bertolt Brecht heißt es, dass nur Fensterscheiben - Schaufensterscheiben - uns oft von dem trennen, was uns fehlt. Brecht hatte Recht. Wenn genug für alle vorhanden ist, müssen wir uns vielleicht einfach mal überlegen, was uns daran hindert, uns das zu nehmen, was wir brauchen.

Vielleicht wird nun besser verständlich, warum auf den Montagsdemos auch "Alles für alle und zwar umsonst!" gerufen wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich höre schon die Einwände auf diese beispielhaften Vorschläge:

"Wer soll das bezahlen?", fragen die einen und die anderen sagen klipp und klar, dass das alles systemwidrig ist. Politik, Parteien, Medien und Wirtschaftslobby werden dagegen halten, dass so etwas heute volkswirtschaftlich undenkbar sei: wegen der Arbeitslosigkeit, wegen der Globalisierung, wegen des Staatsdefizits und überhaupt. Unsere Antwort darauf kann nur lauten: Wenn die Regeln des kapitalistischen Systems einem guten Leben für alle Menschen im Wege stehen, dann ist es höchste Zeit, diese Regeln zu ändern!

Die Zielsetzung muss sein, der Marktwirtschaft endlich den verdienten Todesstoß zu versetzen! Eine Welt frei von Profitlogik und Verwertungszwang ist nötig!

Schluss mit der Markt-Misswirtschaft!  
Keine weiteren kapitalistischen Experimente!  
Erfülltes Leben für alle!

Gestern waren mal wieder Wahlen. Kommunalwahlen diesmal. Kann man heutzutage noch an Parteien und Politik glauben? Können Wahlen etwas ändern? - Wir sollten endlich mehr verlangen als die freie Wahl der Folterinstrumente. Werden wir unbescheiden! Fordern wir, liebe Freundinnen und Freunde, das Mögliche und Nötige!

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.

22.09.

Anti-Hartz-Aktionismus

Nur eine kurze Übersicht, was denn in nächster Zeit so ansteht:

- 2. Oktober: zentrale Demo in Berlin
- 3. Oktober: Demo am Abschiebeknast in Büren gegen denselben und auch gegen Ein-Euro-Jobs, die es dort ja schon seit vielen Jahren gibt. Bus fährt aus Münster, Karten im UWZ oder in der GGUA, Südstr. 46 (kosten 5 Euro).
- 17. November: bundesweiter Aktionstag gegen Hartz, watch the signs
- 6. November: zentrale Demo in Nürnberg an der Bundesagentur für Arbeit
- 3. Januar "Agenturschlusskampagne". Am ersten Tag mit HartzIV (falls bis dahin nicht... aber lassen wir das Träumen) soll vor den Arbeitsagenturen landauf landab etwas passieren. Vielleicht sogar hier in Münster?

22.09.

Dresden-Ahaus-Castor: Alarmstufe Gelb !

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Sommer ist vorbei und es wird Zeit, euch wieder den aktuellen Stand in Sachen Dresden-Ahaus-Castoren zu schicken. Die Situation hat nach der Sommerpause wieder angefangen sich dynamisch zu entwickeln und wir haben inzwischen deutliche Hinweise für polizeiliche Transport-Vorbereitungen.

Am letzten Sonntag (19.9.) gab es einen schönen Sonntagsspaziergang in Ahaus mit ca. 250 Leuten. Klaus der Geiger sorgte für gute Stimmung. Bereits zuvor war eine Castor-Attrappe aus Waltrop (nördlich von Dortmund) durch das westliche Münsterland und viele Innenstädte mit einem Auto-Korso nach Ahaus gebracht worden. Die Polizei spielte regelgerecht mit, begleitete den Korso mit Blaulicht und sperrte alle Kreuzungen etc pp. - wie im richtigen Castor-Leben. So bekamen die Passanten einen guten Vorgeschmack auf die Polizeiplanungen für den Ernstfall.

Bei Heidelberg fand am Samstag (18.9.) ein Autobahn-Aktionstag statt, der auch gegen die für 2005 geplanten Castor-Transporte von Garching nach Ahaus Stimmung machen wollte. Damit werden auch diese Straßentransporte endlich ins Licht der Öffentlichkeit gerückt.

Derzeit gibt es drei Szenarien für mögliche Transportzeitfenster, wobei sich die Situation weiterhin sehr rasch entwickelt. Wir können euch nur den JETZIGEN Sachstand darstellen - Änderungen (heißt Verzögerungen) liegen auch an unserem gemeinsamen Widerstand.

Szenario 1: Die Castoren werden schon in den nächsten zwei, drei Wochen transportiert werden, um vor den Herbstferien die Sache hinter sich zu haben. Wahrscheinlichkeit: unklar; einerseits sollen die nötigen LKW-Stoßdämpfer erst Mitte/Ende Oktober fertig sein (im Widerspruch zu ersten Infos). Andererseits ist die Polizei in Ahaus Mitte September deutlich verstärkt worden und seit dieser Woche kurven auswärtige Polizeieinheiten offen durch Ahaus. Eine Möglichkeit: Die Polizei transportiert einen einzigen Castor - quasi als Probe-Castor möglichst schnell, um unseren Widerstand zu unterlaufen. Dafür wären sie nicht von den zusätzlichen Stoßdämpfern abhängig. Innenminister Behrens kündigte zudem offen an, weiter den Transport vorzubereiten. Wir gehen auf Nummer sicher und rufen ab sofort Castor-Alarmstufe Gelb aus.

Szenario 2: Die Castoren werden DIREKT NACH dem Gorleben-Castor im November über die Autobahn gejagt. Vorteile für die Polizei: Die Einheiten sind eh gerade unterwegs und die Aktivisten sind vom Wendland ausgelaugt. Wahrscheinlichkeit: Momentan hoch, weil wir für dieses Szenario mehrere unabhängige Quellen haben. Dazu passen ebenfalls die polizeilichen Aktivitäten in Ahaus. Bedenkt dies also bei euren Gorleben-Planungen.

Szenario 3: NRW drückt nach der Sachsen-Wahl weiter auf die Bremse und verstärkt seine juristische/politische Hinhalt-Taktik. Dann wäre für dieses Jahr Feierabend und das BfS müsste eine neue Genehmigung erteilen (die jetzige läuft bis zum 31.12.04). Wahrscheinlichkeit: Ungewiss, es gibt zwar Signale in diese Richtung, mehr aber nicht momentan. Ist für uns derzeit nicht interessant.

Das heißt: Wir haben noch alle Trümpfe in der Hand, um die Atomtransporte von Dresden nach Ahaus weiter zu verzögern, wenn wir entschiedenen Widerstand leisten. Es kann aber auch sehr rasch gehen, zumindest beim ersten Transport. Deshalb wären schnelle öffentlichkeitswirksame Aktionen zwischen Dresden und Ahaus sehr wichtig, um wieder eine Stimmung gegen die Transporte zu erzeugen. Wichtig wäre, wenn ihr euch auf den Transport-Autobahnen A4, A14, A2, A30, A7, A44, A1 und A31 schon mal umguckt. Besonders interessant sind Gefälle-/Steigungsstrecken und langfristige Baustellen, da diese für die Polizei zu Engpässen werden. Wir sind für alle Infos dankbar.

Überlegt euch auch, wo man an der Autobahn zelten kann, welche Raststätten es gibt, welche Autobahn-Brücken es gibt und wo (spontane) Demos Sinn machen. Unsere Flexibilität und Spontaneität sind unser Trumpf.

Mögliche Aktionen sind Demos auf Brücken, Demo-Anmeldungen auf Autobahnen selbst (ist im Mai in NRW erfolgreich ausprobiert worden, um Öffentlichkeitsarbeit zu machen), spontane Camps an der Autobahn, Aktionen auf Raststätten, an Autobahnzufahrten etc pp. Je schneller und je mehr passiert, desto größer ist unsere Chance diese Atomtransporte für dieses Jahr doch noch komplett zu verhindern.

Unterdessen gehen im Münsterland und Ruhrgebiet die Proteste weiter. Am jetzigen Samstag (25.9.) wird in Kamen eine Demo zur Transport-Autobahn A1 gehen (Treffpunkt 12 Uhr, Alter Markt). In Zusammenarbeit mit Antifa-Gruppen aus dem Ruhrgebiet zeichnet sich eine bunte Demo ab, die bei der Polizei schon für viel Kopfschmerzen gesorgt hat. Am Sonntag (26.9.) findet um 17 Uhr in Ahaus vor dem Rathaus eine Kundgebung statt (direkt am Kommunalwahl-Sonntag), damit auch vor Ort ständig Aktion ist. Weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

Tipp: Das einzige Stück Transportweg zwischen Dresden und Ahaus, das keine Autobahn ist (außer Rossendorf und Ahaus selbst), liegt in Bad Oeynhausen. Wer da von der A 2 auf die A 30 abbiegt, fährt zwei Kilometer auf Bundesstraße durch den Kurpark. Für das Teilstück kann KEIN generelles Demoverbot ausgesprochen werden, wie man es auf Autobahnen versucht. Das ist auf der Nordstrecke ein echter Engpass für die Polizei.

Weitere Infos wie immer unter [www.wigatom.de](http://www.wigatom.de), [www.nixfaehrtmehr.de](http://www.nixfaehrtmehr.de) und [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de).

Atomkraftfeindliche Grüße Eure WigA

11.08.

Demos gegen Hartz und Sozialabbau an Montagen

Für die kommenden Wochen hat eine Einzelperson jeweils montags ab 18 Uhr Demos gegen Sozialabbau und Hartz-Gesetze angemeldet. Los gehts jeweils am Domplatz. Hier der Aufruf dazu von "Wehrt Euch".

28.04.

Cinema muss bleiben!

Das denkt sich auch das Team von Garbo und Cinema! Deshalb werden wir am 5. Mai und am 8. Mai jeweils von 10-13 Uhr auf dem Wochenmarkt am Domplatz aktiv sein. Ausgehend vom Treffpunkt am Blindenrelief gegenüber der Bezirksregierung wollen wir über die Situation informieren, auf weitere Aktionen aufmerksam machen und Spenden sammeln. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei allen, die uns durch ihre Spende unterstützen, mit selbstgebackenen Keksen bedanken.

Zu diesen Terminen laden wir Sie herzlich ein und würden uns über Ihr Erscheinen freuen!

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Cinema und des Garbo \_\_\_\_\_

unter [www.cinema-muenster.de](http://www.cinema-muenster.de) gibt es ausführliche Informationen zu den finanziellen Problemen des Cinema und Vorschläge, wie Ihr Euch für den Erhalt einsetzen könnt.

25.03.

Veranstaltungsreihe der OAM (Einzeltermine siehe Mittelspalte)

1. April bis 6. Mai 2004: Gesellschaft im Widerspruch. Theorie und Praxis, Geschichte und Zukunft des kommunistischen Projekts. Veranstaltungsreihe der Offenen Antifa Münster.

Dem kommunistischen Projekt ging nicht nur der Kopf der Leidenschaft, das Proletariat, sondern auch die Leidenschaft des Kopfes, die Philosophie, verloren. Die Bewegung, die einst mit der Forderung nach Umwerfung aller Verhältnisse auftrat, in denen der Mensch "ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen" ist, verschwand vom Parkett der Weltbühne, indem sie sich für die tätige Mitgestaltung statt für die revolutionäre Umgestaltung entschied.

(Siehe auch <http://oam.antifa.net>)

25.03.

Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure!

15. Mai 2004: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung Veranstaltungen und Demonstration in Münster

Was haben die Türkei, Südkorea und Israel gemeinsam? In keinem dieser Länder gibt es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Verweigerer werden verfolgt und inhaftiert.

Seit 1985 demonstrieren KriegsgegnerInnen in aller Welt am 15. Mai, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung. An diesem gemeinsamen Aktionstag finden global Informationsveranstaltungen und Demonstrationen statt, um auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung hinzuweisen und inhaftierte Deserteure und Verweigerer zu unterstützen. In vielen Kriegen, z.B. im ehemaligen Jugoslawien, waren Desertion und Kriegsdienstverweigerung massenhaft ausgeübte Aktionsformen, welche die Armeen aller Seiten vor Rekrutierungsprobleme stellten. Soldaten sind potentielle Deserteure. Je mehr Soldaten den Mut finden, sich dem militärischen Apparat zu widersetzen, um so schwieriger wird es für Staats- und Militärführer Kriege zu führen. Deserteure sind Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie. Geflohenen Deserteuren und Verweigerern aus Ex-Jugoslawien, Russland, Tschetschenien, der Türkei und anderen Kriegsgebieten wird hier und in anderen Staaten der Europäischen Union kein Asyl gewährt. Ihre Verfolgung wird nicht als politische Verfolgung anerkannt. Jedem Staat billigen die EU-Regierungen das Recht zu, seine Bürgerinnen und Bürger zum Kriegsdienst zu zwingen. Die Verweigerung gilt nicht als asylrelevant.

Die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer und KriegsgegnerInnen ist transnational

Während des 1. Weltkriegs wurden 15 Millionen Menschen auf Befehl ihrer Regierungen, „für Kaiser, Gott und Vaterland“ abgeschlachtet. 1921, drei Jahre nach dem Ende dieses staatlich organisierten Massenmordens, gründeten Kriegsdienstverweigerer und AntimilitaristInnen die War Resisters` International (WRI/Internationale der KriegsgegnerInnen). Der WRI gehören heute 90 pazifistische und antimilitaristische Organisationen in 45 Ländern an. In Deutschland sind z.B. die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und die Monatszeitung Graswurzelrevolution Teil der WRI. Die WRI-Gruppen leisten u.a. internationale Unterstützungsarbeit für Kriegsdienstverweigerer. Dieser Arbeit dient auch der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung. Oft konnte durch diese Unterstützung den Verweigerern geholfen werden: sei es mit der Solidaritätsarbeit mit Kriegsdienstverweigerern in Lateinamerika, sei es für Deserteure aus Ex-Jugoslawien. Thematischer Schwerpunkt der von der WRI organisierten Aktionen ist in diesem Jahr die Situation der Kriegsdienstverweigerer in Chile und Lateinamerika. In Santiago de Chile finden ein internationales Seminar und ein Training in gewaltfreier Aktion statt.

Türkei

Zurzeit ist auch das Thema Türkei in aller Munde. Die Türkei ist bestrebt, Mitglied der EU zu werden und das öffentliche Interesse an Informationen über die Menschenrechtslage dort ist groß. Dies erhöht die Chancen für soziale Bewegungen, die Situation der Verweigerer bekannt zu machen und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung durchzusetzen. Nicht nur in den kurdischen Gebieten der Türkei werden die Menschenrechte weiterhin mit Füßen getreten. Auch nach der 1999 erfolgten einseitigen Verkündung des Waffenstillstands durch die kurdische PKK ist Folter in der Türkei an der Tagesordnung. Dem türkisch/kurdischen Bürgerkrieg sind seit Anfang der 1980er Jahre mehr als 35.000 Menschen zum Opfer gefallen. Seit dem Militärputsch 1980 wurden rund 4.000 kurdische Dörfer geräumt und vermint. Fünf Millionen Kurdinnen und Kurden wurden vertrieben. Die türkische Armee hat 800.000 Mann unter Waffen. Sie hat bis heute eine dominante Rolle im türkischen Staat. Gegen die Gewaltlogik des Militärs richten sich die kurdischen und türkischen Kriegsdienstverweigerer und ihre UnterstützerInnen. Die antimilitaristische Bewegung in der Türkei braucht unsere Solidarität. Die geflohenen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in Deutschland brauchen Asyl und ein uneingeschränktes Bleiberecht.

Hierzulande

In der Bundesrepublik werden Totale Kriegsdienstverweigerer, die auch den „Ersatzdienst“ als Zwangs- und Kriegsdienst ablehnen, oft inhaftiert und von Militär- und Zivildienstbehörden schikaniert. Wir engagieren uns für das Recht auf (Totale) Kriegsdienstverweigerung, gegen jeden Zwangsdienst, gegen „Wehrpflicht“ und Militär. Wir wollen den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung dazu nutzen, um Öffentlichkeit für die Situation der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer zu schaffen. Uns geht es um die Durchsetzung des Menschenrechtes nicht zu töten und nicht getötet zu werden. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss durchgesetzt werden. Es ist ein Skandal, dass Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren hierzulande das Recht auf Asyl verweigert wird und sie in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Gefängnis und oft Folter drohen.

Bernd Drücke (Redaktion Graswurzelrevolution)

14. Mai: Vorträge und Podiums-Veranstaltung

Rudi Friedrich (Connection e.V. & DFG-VK): „Desertion und Verweigerung – Widerstand gegen Rekrutierung und Krieg“ Dr. Bernd Drücke (Redaktion Graswurzelrevolution & DFG-VK): „Alternative Öffentlichkeitsarbeit und die Situation von Kriegsdienstverweigerern international“ Zeynettin Er (Initiative kurdisch-türkischer KriegsgegnerInnen): „Zur Situation kurdisch/türkischer Kriegsdienstverweigerer“ Volker Maria Hügel (PRO ASYL): „Asyl und Desertion“ Moderation: Alexandra Hippchen (ESG) Ort: Münster, ESG, Breul 43. Zeit: 19:30 Uhr Vorher, 18:30 Uhr: Pressegespräch in der ESG mit allen ReferentInnen

15. Mai: Demonstration zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung

Rathaus Münster, Prinzipalmarkt: Beginn 11 Uhr. Redebeiträge von allen ReferentInnen vom Vortag. Livemusik: Liedermacher Baxi. Route der Demo: Prinzipalmarkt, Drubbel, Roggenmarkt, Neubrückerstr., Abschlusskundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat. Ende: ca. 14 Uhr

Infos: Redaktion Graswurzelrevolution, Breul 43, D-48143 Münster. Tel.: 0251/48290-57, Fax: -32 E-Mail: [redaktion@graswurzel.net](mailto:redaktion@graswurzel.net) Internet: [www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)

Schlafplatzbörse/Anmeldung: Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, D-48151 Münster. Tel.: 0251/521112, E-Mail: [uwz@muenster.de](mailto:uwz@muenster.de)

Veranstalter: PRO ASYL, Redaktion Graswurzelrevolution, ESG Münster, Initiative der kurdisch/türkischen KriegsgegnerInnen in Deutschland, Connection e.V., DFG-VK Bundesverband, Gruppe Crescendo, DFG-VK Münster, DFG-VK Hessen

UnterstützerInnen: Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA), Amnesty International (Gruppe Münster), Aktionsbündnis gegen den Krieg Münster, Infoladen Bankrott, Aktionsbündnis gegen den Krieg Steinfurt, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Neubrandenburg, Kneipe Frauenstr. 24, Verein für politische Flüchtlinge, u.a.

Eure Gruppe will diesen Aufruf unterstützen? Dann meldet Euch bitte bei: [redaktion@graswurzel.net](mailto:redaktion@graswurzel.net)

08.03.

Aktionstage vom 12.-14.03.04 AZ-Wagenplatz in Osnabrück akut räumungsbedroht  
Der AZ-Wagenplatz in Osnabrück ist verstärkt räumungsbedroht. Am 13.02.2004 hat die Stadt Osnabrück im amtlichen Teil der örtlichen Presse die Anordnung erlassen, das der Wagenplatz binnen 14 Tagen geräumt werden soll. Diese Anordnung gilt ab dem 27.02.2004 als veröffentlicht und ist laut Stadt dann auch rechtskräftig. Wir wollen vom 12.-14.03.04 Aktionstage in Osnabrück machen, ihr seid herzlich willkommen, Pennplätze gibt es hoffentlich genug, Stellplätze auf jedenfall. Infos unter [www.azwp.de](http://www.azwp.de) vu

27.02.

Info: Neue regelung in der Baracke

Konzerte in der Baracke ab April pünktlich um 20.30 Uhr:

Nachdem sich im Laufe des letzten Jahres die Probleme mit der Polizei bei Konzerten massiv häuften, sehen wir folgende Möglichkeit, den vermehrten Ruhestörungsbeschwerden entgegen zu wirken und somit neben der Vermeidung von Geldbußen wegen zu hoher Lärmbelästigung (in Höhe von 250€) sowie von der Polizei

erzwungenen, überraschenden Konzertabbrüchen vor allem das Bestehen der Baracke nicht weiter unnötig in Gefahr zu bringen:

!! Konzerte sollen ab April spätestens um 20.30 Uhr beginnen. Um 22.30 Uhr müssen sie spätestens beendet sein !!

Nach 22.30 Uhr gibt es nur noch Musik aus der Dose.

Kommt also pünktlich! - nicht nur, um die "Vorbands" zu sehen, sondern auch, um den "Hauptact" nicht zu verpassen.

(Die Konzerte im März werden nach Möglichkeit auch relativ früh beginnen.)  
das "Barackenperspektivtreffensplenum"